Abg.z.NR
Tanja Windbüchler-Souschill
Sprecherin für Außen- und Entwicklungspolitik

Herrn Bundesminister Sebastian Kurz
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Minoritenplatz 8
1010 Wien

Wien, August 2015

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Laufend wenden sich Menschenrechtsorganisationen und NGOs aufgrund der Verschlechterung der Menschenrechtslage in Ägypten an uns: sie sprechen von einer der schwersten Menschenrechtskrisen in der modernen Geschichte des Landes, seitdem die Regierung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi an der Macht ist. Sie warnen nicht nur vor der Gefahr autoritärer Regression, sondern auch vor einer nicht mehr aufzuhaltenden Gewaltspirale, die die Demokratiebewegung in Ägypten unter der Führung des Militärs immer stärker in Bedrängnis bringt.

Konkret wurden seit der Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten Mohammed Mursi im Juli 2013 laut ägyptischen Menschenrechtsorganisationen mehr als 41.000 Menschen, die bis Mai 2014 festgenommen, angeklagt oder verurteilt. Massenverfahren gegen Oppositionelle resultierten für mehr als 700 Mitglieder und Unterstützer der Muslimbruderschaft in eine Verurteilung zum Tode. Die ägyptische Justiz scheint zu einem Instrument für die Unterdrückung der Opposition und der freien Presse geworden zu sein. So sollen derzeit mindestens 20 Journalisten aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung oder Aufdeckungen von Menschenrechtsverletzungen hinter Gittern sein.

Die Haftbedingungen in den überfüllten Gefängnissen dürften katastrophal sein: Laut Amnesty International sind mindestens 124 Häftlinge seit August 2013 gestorben, weil sie in Polizeigewahrsam gefoltert und misshandelt wurden oder man ihnen die medizinische Behandlung verweigerte. Ägyptische Sicherheitskräfte hätten außerdem Straffreiheit und somit freie Hand bei Folter und Misshandlungen.

Seit mehr als einem Jahr regiert al-Sisi mit fast uneingeschränkter Macht. Noch immer gibt es keinen Termin für die Parlamentswahlen. Viele NGOs und Menschenrechtsorganisationen mussten zusperren, da sie dem Druck der Regierung nicht mehr standhielten. So wird seit September 2014 der Empfang von Geldern aus dem Ausland drakonisch bestraft, wenn die Gefahr bestehe, dass damit Taten gegen das „nationale Interesse, den allgemeinen Frieden oder die Unabhängigkeit und Einheit des Landes" begangen werden könnten.

Sexuelle Übergriffe auf Frauen sind in Ägypten allgegenwärtig. Seit den politischen Unruhen haben sie in den vergangenen drei Jahren erheblich zugenommen. Trotz eines 2014 beschlossenen Gesetzes zur Bekämpfung von sexueller Belästigung hat die ägyptische Regierung noch immer keine Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewaltangriffe umgesetzt. Sie tut auch zu wenig, um Täter, vor allem aus dem Kreis der Polizei, vor Gericht zu bringen.

Wir ersuchen Sie daher eindringlich, sich insbesondere nach Ihrem Besuch bei Präsident al-Sisi im Mai 2015, dafür einzusetzen, dass die ägyptische Regierung die Menschenrechte und die Meinungsfreiheit wahrt und diesbezüglich umgehend effektive Maßnahmen setzt. Der Kampf gegen Extremisten darf nicht dazu instrumentalisiert werden, Menschenrechte außer Kraft zu setzen, und so oppositionelle Gruppen systematisch zu verfolgen und Tätergruppen straffrei zu stellen.

Wir ersuchen Sie daher eindringlich, sich insbesondere nach Ihrem Besuch bei Präsident al-Sisi im Mai 2015, dafür einzusetzen, dass die ägyptische Regierung die Menschenrechte und die Meinungsfreiheit wahrt und diesbezüglich umgehend effektive Maßnahmen setzt. Der Kampf gegen Extremisten darf nicht dazu instrumentalisiert werden, Menschenrechte außer Kraft zu setzen, und so oppositionelle Gruppen systematisch zu verfolgen und Tätergruppen straffrei zu stellen.

Wir ersuchen Sie, Präsident al-Sisi deutlich zu machen, dass die Zusammenarbeit mit Österreich von der Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtslage abhängt

Folgende Maßnahmen wären dazu geboten:

Die sofortige Freilassung aller Gefangenen, die aufgrund des Gebrauchs ihres Rechtes auf friedliche Versammlung hinter Gitter sind.

Die Aufhebung des November 2013 Gesetzes (107/2013), das die Versammlungsfreiheit massiv einschränkt bzw. es so zu ändern, dass es in Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards steht.

Die Freilassung aller, die in Massenverfahren verurteilt wurden, oder Wiederholung der Verhandlungen vor einem unabhängigen Gericht, das internationale Gerichtsstandards gewährleistet.

Die Einrichtung eines Hinrichtungs-Moratoriums mit Hinblick auf eine zukünftige Abschaffung der Todesstrafe

Das Vorantreiben der Vorbereitungen für neue Parlamentswahlen, um den Weg zu einer demokratisch gewählten Regierung zu ebnen.

Die sofortige Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen sexuelle Übergriffe im privaten und öffentlichen Raum, in Konsultation mit unabhängigen Frauenrechtsorganisationen

Die Sicherstellung, dass alle Haftanstalten und Polizeistellen unter richterlicher Aufsicht stehen, damit gewährleistet ist, dass internationale Standards, inklusive der UN-Antifolterkonvention, die auch von Ägypten ratifiziert wurde, eingehalten werden.

Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen!

Wir ersuchen Sie, uns über Ihre weiteren Schritte in Kenntnis zu setzen.

Hochachtungsvoll,

Tanja Windbüchler-Souschill